

Kindergarten unter Regie der Gemeinde Sie löst Kirche bei Trägerschaft ab

Erweiterung der Einrichtung in Ettringen angepeilt

Ettringen (emf). In seiner jüngsten Sitzung entschied sich der Ettringer Gemeinderat mit acht gegen fünf Stimmen, die Vereinbarung mit der Kirchenstiftung zu lösen und die Trägerschaft der gemeindeeigenen Kindergärten Ettringen und Siebnach, die zehn Jahre lang die Kirchenstiftung innegehabt hatte, wieder selbst zu übernehmen. In Anwesenheit des mit der Planung beauftragten Architekten wurde der Anbau an den Kindergarten Ettringen diskutiert, der grundsätzlich bereits beschlossene Sache ist. Es geht nun noch um die Frage, ob nur ein Gruppenraum angebaut wird oder ob im Hinblick auf die Zukunft zwei Räume sinnvoll sind. Dies ist auch eine Kostenfrage.

Bürgermeister Fehle verwies zu Beginn er gut besuchten öffentlichen Gemeinderatssitzung auf eine vorausgegangene Sitzung, wo das Problem der Kindergarten-trägerschaft ausführlich besprochen worden war (wir berichteten). Gemeinderat Hochwind appellierte nochmals eindringlich an seine Kollegen, doch der Kirche die Trägerschaft zu belassen; auch der Pfarrgemeinderat, der zuvor zu 80 Prozent für eine Übernahme durch die Gemeinde gestimmt habe, sei mittlerweile anderer Ansicht, da sich durch das zugesagte Pfarrbüro die Voraussetzungen geändert hätten. Nur vier seiner Kollegen - die Gemeinderäte Kraus, Scherbaum, Weber und Schmid - konnten sich Hochwinds Meinung anschließen, so daß mit 8:5 Stimmen die Trägerschaft an die Gemeinde zurückging.

Bürgermeister Fehle versicherte, es werde auch in Zukunft in den Kindergärten christliche Erziehung stattfinden, und die Mitarbeit der beiden katholischen und des evangelischen Pfarrers sei erwünscht. Er fühle sich voll und ganz zuständig für den Kindergarten und werde sich für dessen Belange einsetzen. Die Vereinbarung wird entweder am 1. Januar oder am 31. August 1988 aufgelöst werden; hierüber wird noch entschieden.

Hier nochmals kurz die Argumente, die zu der Entscheidung führten:

● Es sollte alles in einer Hand sein, damit ein Kompetenzgerangel vermieden werde

und die Kindergärtnerinnen einen eindeutigen Ansprechpartner hätten.

● Die Pfarrherren seien nach eigener Aussage überlastet.

● Eine Schreibkraft in einem eventuellen Pfarrbüro schaffe das Problem nicht aus der Welt.

● „Wer zahlt, soll auch anschaffen“ - diese klare Aussage kam von Gemeinderat Reiber.

Die Vorsitzende des Elternbeirats, Lang, der ein Diskussionsbeitrag gestattet wurde, äußerte sich enttäuscht über die Rolle der Caritas - obwohl dort die Probleme bekannt gewesen seien, habe sich von dort erst dann jemand nach Ettringen heraus bemüht, als die Entwicklung der Dinge nicht mehr aufzuhalten war. Frau Lang begrüßte die gefallene Entscheidung.

In einem weiteren Tagesordnungspunkt ging es um den geplanten Anbau an den Ettringer Kindergarten, den Architekt Schneider aus Bad Wörishofen erläuterte.

Daß der Anbau eines dritten Gruppenraumes zu den vorhandenen zwei notwendig ist, darüber gab es keine Diskussion. Es stellte sich jedoch die Frage, ob gleich ein vierter Gruppenraum dazugebaut werden solle, um Nägel mit Köpfen zu machen und für spätere Generationen vorzusorgen. Der Architekt erläuterte, daß dies, relativ gesehen, nicht nur wegen geringerer Gesamtbaukosten, sondern auch wegen höherer Zuschüsse bedeutend kostengünstiger wäre. Absolut gesehen, würde es eine Kostenerhöhung von ungefähr 200 000 Mark bedeuten.

Es herrschten geteilte Meinungen, ob die Geburtenziffern eine vierte Gruppe rechtfertigten. „Wenn uns bei der derzeitigen Geburtenentwicklung ein Zuschuß fest zugesagt wird, „dann“ - so meinte der Bürgermeister - „plädiere ich für den Bau einer zusätzlichen vierten Gruppe.“ Er erinnerte daran, daß es eine Pflichtaufgabe der Gemeinde sei, für die Zukunft der Kinder zu sorgen, auch wenn die Gemeinde hohe Schulden drückten.

Wegen der Zuschußfrage wird Bürgermeister Fehle nochmals Rücksprache mit der Regierung nehmen. Architekt Schneider wird bis zur nächsten Sitzung am kommenden Montag die genauen Kosten für beide Alternativen ermitteln, da hier noch einige Zweifel und Unklarheiten bestanden. In jedem Fall muß die Planvorlage bei der Regierung bis zum 1. August dieses Jahres erfolgen.

23. Juni 1988